

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

17.1.1849 (No. 14)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 17. Januar.

N. 14.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 fr. und 4 fl. 15 fr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 13. Jan. (151. Sitzung) Bessler aus Greifswalde führt aus, daß man zwar keinen Einheitsstaat wolle, aber der Reichsgewalt durch die Verfassung nur ein Minimum von Gewalt zugetheilt habe, und daß sie eigentlich weit mehr hätte erhalten sollen; darum müsse man einen Mächtigen an die Spitze stellen, um den Bau zu vollenden, und da Oesterreich sich Dem nicht fügen werde, so müsse man es ausschließen. Die §§. 2 und 3 müßten um jeden Preis aufrecht erhalten werden, sonst sey kein Heil zu erwarten, und die Verfassung, wie sie beschloss, eine Unmöglichkeit.

Der Redner schließt mit dem Ausruf: Das Schiff ist in Noth; aber wir werden uns nicht ergeben, und zum Zeichen, daß wir es nicht thun, die Flagge an den Mast nageln.

Vogt entwickelt, daß Alles, was bisher in der Paulskirche beschloss worden sey, nur darauf hinaus laufe, die Oesterreicher aus der Versammlung zu verdrängen, und das preussische Kaiserthum möglich zu machen. Jetzt sey man aber gezwungen, sich mit Oesterreich zu vereinbaren, und so werde es auch mit allen andern Staaten kommen, denn die kleinen hätten dieselben Rechte, wie die großen.

Auf die Zollfrage übergehend, bemerkt er, daß mit der Oberherrlichkeit Preußens auch der Freihandel an das Ruder kommen würde; schon als Gegengewicht hiegegen müsse Oesterreich beim Reiche bleiben, weil es dem Schutzsystem huldige. Oesterreich komme uns mit jedem Tage näher entgegen, allerdings seines eigenen Interesses wegen, aber sein Interesse und das deutsche seyen gleichbedeutend, schon allein wegen des russischen Kolosses, der ihm die Donau abzuschneiden trachte.

Das österreichische Ministerium sey jetzt deutsch gesinnt; deshalb fangen die Tische an, gegen dasselbe Opposition zu machen und ganz in derselben Weise Trennung Oesterreichs von Deutschland zu verlangen, wie nur immer die entschiedensten Preussenthieler.

Der Redner verliest sodann eine von Bauern aus Oesterreich verfaßte Adresse an den Reichstag, worin diese verlangen, bei Deutschland zu bleiben. Oesterreich wolle nach seinem Programm in den Bundesstaat eintreten; damit sey eigentlich die Sache schon abgethan und alle weitere Verhandlung überflüssig; übrigens stehe zu befürchten, daß, obgleich das hiesige Ministerium in allem Wesentlichen nachgegeben habe, es dennoch die Absicht hege, die Sache wieder in ein anderes Geleise zu bringen, und darum werde er demselben nicht das Recht ertheilen, in irgend einer Weise zu unterhandeln.

V. Vinde: Es sey die Aufgabe der Reichsversammlung, eine Verfassung zu schaffen; allein er sey nicht der Ansicht, daß diese Verfassung für alle Theile durchaus gleichmäßig sey, wohl aber, daß eine gemeinsame Vertretung für ganz Deutschland und eine kräftige Wahrung der Gesamtinteressen gegen das Ausland erzielt werden müsse. Oesterreich müsse entweder ganz zu Deutschland treten, oder das Verhältnis Deutsch-Oesterreichs zu Ausserdeutsch-Oesterreich müsse ein anderes werden, als bisher.

Der Redner geht die Ansichten von Benedey und Moritz Mohl kritisch durch, und zeigt die Schwierigkeit, sie durchzuführen; es müsse Dies Alles der Zukunft überlassen bleiben. Um Wydenbrugt zu widerlegen, liest er eine Zuschrift desselben an seine Wähler vor, worin derselbe sich gegen die Republik ausspricht. (Wydenbrugt hatte nämlich gestern gesagt, eher, als daß er für die Vertheilung Deutschlands an Preußen und Oesterreich stimme, werde er sich für eine republikanische Spitze erklären.)

Die letzte Erklärung des österreichischen Ministeriums legt Hr. v. Vinde dahin aus, daß Oesterreich nicht bei Deutschland bleiben wolle. Was das alte Bundesverhältnis betreffe, so sey nur die Form der Bundesregierung abgeändert worden, die Machtbefugnisse aber dieselben geblieben, und diese sey an die Bundesstaats-Regierung übergegangen. Es stehe aber Oesterreich frei, nach Belieben in seinem alten Verhältnisse zum Bunde zu bleiben, während den Andern das Recht zustehe, sich, wenn sie wollten, enger aneinander zu schließen, ohne darum das Verhältnis zu Oesterreich zu ändern.

Schließlich spricht sich der Redner, wie immer, für das Vereinbarungsprinzip aus, und zwar für alle deutschen Staaten. Preußen habe nie nach Hegemonie gestrebt; allerdings aber auch nicht Alles gethan, was die provisorische Zentralgewalt verlangte, z. B. nicht ordnungsmäßig gehuldet, bei dem Vertrag von Malmo sich über die Aufträge der Reichsgewalt weggesetzt; aber Das komme daher, weil eben die Zentralgewalt eine noch provisorische sey.

Was die verlangte Entlassung des Ministeriums Brandenburg betreffe, so habe die Versammlung damit einen Beschluß gefaßt, zu dem sie nicht befugt gewesen; die Proklamirung des Reichsverwesers sey allerdings in Potsdam nicht sehr freundlich aufgenommen, aber das Ministerium Brandenburg bloß deshalb beibehalten worden, um seine Stellung dem künftigen Berliner Landtage gegenüber behaupten zu können.

Auf Württh's „Entwühlungen“ aus dessen amtlicher Stellung übergehend, äußert der Redner unter Andern, er

begreife jetzt, warum man keine Oesterreicher mehr im Ministerium wolle, was eine solche Aufregung hervorrief, daß die Sitzung des Kärmes wegen einer Zeitlang unterbrochen wurde. v. Vinde erhält sodann wieder das Wort und erklärt, daß er Schmerling und Württh für volle Ehrenmänner halte, und nicht daran gedacht habe, die Oesterreicher beleidigen zu wollen.

v. Württh erklärt, er habe Nichts ausgesagt, als was schon durch die Zeitungen bekannt gewesen.

Die Sitzung wird abermals unterbrochen und auf 4 Uhr Nachmittags vertagt.

Frankfurt, 13. Jan., Abends 5 Uhr. (Fortsetzung der um halb 3 Uhr abgebrochenen Sitzung.) H. v. Gager ergreift das Wort und verwahrt sich wiederholt gegen die Unterstellung, als ob ihn irgend ein Sonderinteresse bestimme. Leider sey man aber noch weit entfernt von der Einheit, wie man heute gesehen: es drohe ein Bruderhaß einzelner Volksstämme auszubrechen, und wenn derselbe nicht mit Macht darnieder gehalten werde, so werde Bürgerkrieg das Ende aller Bestrebungen seyn.

Verhandelt müsse werden, die Dinge möchten sich gestalten, wie sie wollten. An dem glücklichen Erfolge verzweifle er noch nicht, und trotz des Vorgefallenen werde er Alles aufbieten, um mit Schmerling Hand in Hand zu gehen und gemeinsam mit ihm den Neubau Deutschlands zu Stande zu bringen. Die Schwierigkeiten seyen aber eben so groß in Oesterreich, wie außerhalb.

Der Redner erinnert an seine Bekämpfung der Anarchie, und wie er seiner Zeit die Permanenzklärung des Vorparlamentes dadurch hintertrieb, daß er von Darmstadt eine Anzahl Abgeordneter herüber berief, um dagegen zu stimmen; denn das Vorparlament sey Nichts gewesen, als eine große Volksversammlung, ohne irgend eine rechtliche Befugnis. Eine starke Regierung wolle er, ohne Schwächung der Volksfreiheit. Er zweifle nicht an der Lösung der Aufgabe, und wenn sie ihm jetzt auch nicht gelingen sollte, so werde der ausgebreitete Same aufgehen und Früchte tragen; wenn Oesterreich in den Bundesstaat eintreten könne, so werde er es für die schönste That seines Lebens halten, hiezu Etwas beigetragen zu haben.

Freilich müßte dann eine Menge von Bestimmungen des Verfassungswerkes abgeändert werden, nicht bloß die §§. 2 und 3. Wenn Oesterreich im Bundesstaat verbleibe, so müßten die Bestimmungen nothwendig so weit gezogen werden, daß ein eng geschlossener Bundesstaat nicht mehr möglich sey.

Was die Oberhauptfrage betreffe, so wolle er hierüber offen seine Privatansicht aussprechen. In der Kaiserfrage liege die Hegemonie: er wolle einen Kaiser, und zwar einen erblichen; er wolle keinen Bundesrat, denn dieser sey bloß eine Vertretung der Einzelstaaten gewesen. Die Sache würde sich ziemlich einfach gestalten, wenn Oesterreich aussprechen wolle, daß ein kräftiger Bundesstaat neben ihm vortheilhafter sey, als ein Staatenbund mit ihm. Allein es gebe noch außer Oesterreich Volksstämme, die ihre abgesonderte Selbständigkeit nicht wohlfeilen Kaufs hergeben wollten, und Dies mache die Sache schwierig. Doch hoffe er das Beste. Widerstand werde sich übrigens immer finden, — auch wenn ein österreichischer Prinz an die Spitze komme.

Oesterreich sey bisher nicht im Stande gewesen, den Anforderungen und Anordnungen der Zentralgewalt nachzukommen, dabei aber durch die Gewalt der Umstände in seinem Innern genügend entschuldigt.

Der Redner theilt sodann den von Oesterreich gemachten Vorschlag über die gegenseitige Besetzung der Konsulatsposten in den südlichen und östlichen Ländern einerseits, und den nördlichen und westlichen andererseits mit, und zieht daraus den Schluß, daß die beiden Staatenkomplexe in ihrer Trennung, wie er sie sich denkt, in besserem Einvernehmen neben einander hergehen würden, als wenn beide vereint blieben.

Schließlich erklärt sich Gager für den modifizirten Minderheitsantrag und empfiehlt denselben zur Annahme.

Rüder verzichtet auf das Wort, das ihm zur Vertheidigung des Minderheitsantrags als Berichterstatter zusteht, worauf Giska die Vertheidigung des Mehrheitsantrags beginnt und die Aufmerksamkeit der Versammlung nochmals auf die Wichtigkeit des Moments zu lenken sucht.

Gager habe zuerst die Ermächtigung verlangt, Gesandte nach Wien zu schicken, um dort Verhandlungen anzubahnen; die zweite Erklärung weiche in ihrer Tendenz nicht von dem ersten Programme ab, nur sey jetzt die Erklärung Oesterreichs dazwischen gekommen, welche rundweg besage, es wolle und werde nicht aus dem Bundesstaat scheiden. Nun suche man hiegegen geltend zu machen, daß Dies nicht möglich sey, wolle aber doch jetzt nur zu „geeigneter Zeit“ und in „geeigneter Weise“ verhandeln. Dies sey ein Rückschlag vor der Schlacht, der aber nicht genüge; man bedürfe eines andern Ministeriums.

Der Redner geht die gegen das Eintreten Oesterreichs in den Bundesstaat geltend gemachten Gründe der Reiche nach durch, um sie zu widerlegen, und hebt dabei hervor, daß bereits über 200 Adressen aus Oesterreich eingelaufen sind,

welche das Verbleiben bei Deutschland verlangen. Er erinnert an die Verdienste Schmerling's um Preußen während seiner Amtsdauer; jetzt werde ihm mit Un dank gelohnt. Man werfe Oesterreich vor, während des dänischen Krieges seinen Gesandten in Kopenhagen gelassen zu haben; aber während des Krieges mit Karl Albert habe die Reichsregierung mit dem sardinischen Gesandten freundschaftliche Verbindung in Frankfurt gepflogen.

Daß Oesterreich freiwillig seine Stellung in Deutschland aufgeben werde, daran sey in keinem Falle zu denken. Das Volk wolle es nicht und die Regierung eben so wenig. Einst habe er für die §§. 2 und 3 gestimmt, weil er geglaubt habe, sie seyen im Interesse Deutschlands und Oesterreichs; aber er habe sich überzeugt, daß Diejenigen, welche sie vorgeschlagen, nur dem preussischen Kaiserthum den Weg zu bahnen suchten, und jetzt müsse er sich für deren Modifikation erklären. Der Ausschussantrag verlange Nichts, als etwas Mögliches, was im Interesse von ganz Deutschland, von ganz Oesterreich liege: Bundesstaat mit Deutsch-Oesterreich, Staatenbund mit Ausserdeutsch-Oesterreich; Reichsversammlung für alle deutschen Lande in Frankfurt, Bundesrat mit allen nichtdeutschen Landen in Wien. Dies habe man etwas Ungeheuerliches genannt; freilich sey es monströs, aber nur für Jene, welche die Größe Deutschlands darin finden, es entzwei zu schneiden.

Der Baum der deutschen Freiheit und Einheit, schließt der Redner, wurzelt noch im Boden, aber die Wurzel liegt bloß, die Art ist aufgehoben: schlagen Sie zu, meine Herren, wagen Sie es! (Lebhafter Beifall im Saal und auf der Gallerie.)

Es wird eine Protestation verlesen, in welcher die österreichischen Abgeordneten erklären, daß der Versammlung nicht das Recht zustehe, über den Ausschluß von Oesterreich auch nur zu verhandeln, und daß sie sämmtlich unter keiner Bedingung die Reichsversammlung verlassen und nur der offenen Gewalt weichen würden.

Reh von Darmstadt erklärt, daß er seinen Zusatzantrag zurückziehe und sich mit dem Minderheitsantrage vereinige.

Es kommt nun zuerst der Antrag des Abg. v. Wulffen aus Passau zur Abstimmung, lautend: „Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dezember 1848 — modifizirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849, und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. d. M. — erbetene Ermächtigung ertheilen.“ (Dieser Antrag wird von Vielen als eine Vermittlung betrachtet.)

Für den Antrag erklären sich 261 Stimmen; gegen denselben 224; also 37 Stimmen Mehrheit für. Nachträglich erklären die Abgeordneten der linken Seite, daß sie sich gegen den Beschluß verwahren, weil er darauf ausgehe, einen Theil Deutschlands vom Vaterlande zu trennen.

v. Vinde erklärt, daß er nur deshalb mit Ja gestimmt habe, weil er für das Vereinbarungsprinzip im Allgemeinen sey.

Etwa 20 Mitglieder des Pariser Hofes erklären, daß sie lediglich darum mit Ja gestimmt, weil aus den Modifikationen des Programms hervorgehe, daß das Ministerium Alles aufbieten werde, um die Schwierigkeiten des Verbands mit Oesterreich zu heben. Obermüller, Gombart, und andere Mitglieder des Binde'schen Klubs erklären Ähnliches. Rechnet man diese Abgeordneten von den obigen 35 Stimmen ab, so bleibt für den Gedanken, Oesterreich von Deutschland zu trennen, keine Mehrheit in der Versammlung.

Von den Badenern stimmten v. Soiron, Baffermann, Mathy, und Mittermaier mit Ja; Welter und die Andern mit Nein.

Tagesordnung auf Montag: Verathung des Abschnittes über das Reichsoberhaupt.

Frankfurt, 15. Jan. (152. Sitzung.) In Folge neu eingekommener Aktenstücke trägt der betreffende Ausschuss darauf an, die Zustimmung zur Belangung des Abg. Levysohn wegen Hochverraths nicht zu ertheilen.

Der Reichs-Justizminister antwortet auf frühere Interpellationen. In Betreff der westphälischen Staatsgläubiger ist auf den vom Reichsministerium vorgeschlagenen Vergleich von den betreffenden Regierungen zur Zeit noch keine Antwort eingegangen. Bezüglich der Beseitigung des Belagerungsstandes und der Beschränkung des Versammlungsrechts in Preußen seyen Unterhandlungen eingeleitet.

In Bezug auf die Vereinigung der anhaltischen Lande vertheidigt Baffermann das Auftreten des dortigen Reichskommissärs als Vermittlers.

Wegen der Nichtverbindung der Grundrechte in Hannover will sich Gager nächsten Donnerstag erklären.

Rünsberg aus Bayern verlangt Erwählung eines neuen Verfassungsausschusses, da die Arbeiten und Vorlagen des bisherigen unbrauchbar seyen.

Hierauf wird zur Verathung des Verfassungsabschnittes über das Reichsoberhaupt übergegangen.

v. Vinde wünscht, daß so lange das Verhältnis zu Oesterreich nicht geregelt sey, man alle Verfassungsparagraphen, auf welche dieses Verhältnis von wesentlichem Einfluß sey, vor der Hand auf sich beruhen lasse.

Es werden verschiedene Verbesserungsanträge zu S. 1 verlesen. So viel man vernimmt, wird keiner der gestellten Anträge eine Mehrheit erlangen; die Aufmerksamkeit ist darum auch sehr gering und ein großer Theil der Abgeordneten nicht anwesend.

S. 1 lautet nach dem Antrag des Verfassungsausschusses: „Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.“ Es sind weit über hundert Redner für und gegen eingeschrieben.

Schüler aus Jena erhält zuerst das Wort, und setzt auseinander, daß die vorliegende Frage nicht bloß eine prinzipielle, sondern auch eine territoriale sey. Er spricht gegen den Gedanken eines Direktoriums, weil durch dasselbe nie eine Einheit erlangt werden könne; die verschiedenen Direktoren würden ein jeder nach seiner Seite hin ziehen, wie bei einem Wagen, an welchen man die Pferde nach entgegengesetzten Seiten spanne. Noch weniger gefällt ihm der Vorschlag, einen bestimmten regierenden Fürsten an die Spitze zu stellen; denn Dies gäbe eine Sonderregierung, gegen welche alle andern Regierungen sich in beständiger Opposition befinden würden.

Für uns, schließt der Redner, handelt es sich vor Allem darum, eine Macht zu schaffen, die wir haben, und nicht eine, die uns hat!

Falk aus Schlessen glaubt, die Stunde der Entscheidung habe jetzt geschlagen, und hält dann eine lange Bertheidigungsrede für das monarchische und gegen das republikanische Element.

Trotz Falk's starker Stimme werden die Privatunterhaltungen so laut, daß der Redner wiederholt um Stille nachsuchen muß. Falk wendet sich einige Male direkt gegen die Linke, woraus heftige Erörterungen entstehen, die mit Vorwürfen gegen den Vizepräsidenten Vefeler wegen Parteilichkeit und gegen Nießer wegen heftiger Ausdrücke endigen.

Schütz aus Mainz ist der Ansicht, es habe keine Eile mit der Erledigung der Oberhauptfrage; er müßte die österreichische Frage gelöst seyn. Wenn denn doch ein Kaiser an die Spitze kommen sollte, so möge man erst abwarten, was Oesterreich dazu sage. Er, der Redner, sey übrigens ein entschiedener Republikaner, und glaube, daß die Spitze des Bundesstaates jedenfalls nicht in dynastischem Interesse gebildet werden dürfe.

Wieder mann aus Leipzig spricht sich für ein erbliches deutsches Kaiserthum aus, und zwar mit Preußen an der Spitze. Die Antipathien gegen dasselbe seyen vorübergehend; auch in Sachsen werde die Stimmung umschlagen, Oesterreich aber doch nie in einen deutschen Bundesstaat eintreten.

Hagen aus Heidelberg will zwar eine starke Reichsgewalt, kann dieselbe aber nicht darin finden, daß man einen Fürsten an die Spitze stelle, der nicht die Macht haben würde, als Napoleon zu schalten. Ein Solcher sey aber nicht vorhanden; es fehle das Nöthigste dazu: die Sympathie des Volkes. Die Kraft der Reichsregierung liege in der Reichsversammlung, in der Gesamtvertretung des ganzen deutschen Volkes, und diese mache die Erblichkeit der Kaiserwürde unnöthig.

Anderes sey es während des Mittelalters gewesen, wo diese Vertretung nicht stattgefunden; hätte man damals die Erblichkeit durchführen können, so wäre Deutschland nicht zerstückelt worden; jetzt daran zu denken, sey Thorheit. Friedrich II. von Preußen sey es gewesen, der den Plan, die alte Kaiserwürde in ihrem Glanze wieder herzustellen, vortrug; Preußen im Bund mit dem Auslande habe seit einem vollen Jahrhundert an der Schwächung Deutschlands gearbeitet, um Preußen zu stärken, und jetzt wolle man den letzten Trumpf ausspielen und es an die Spitze stellen.

Höffen stellt den Antrag, die Wahl des Reichsoberhauptes der Bestätigung des Volkes in Urwahlen auf den 1. März dieses Jahres zu übertragen, und bis dahin die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs auszusetzen.

Mayfeld aus Wien verlangt ein Gleiches; namentlich solle das Volk entscheiden, ob überhaupt ein Kaiser zu wählen sey oder nicht.

Jahn spricht sich in seiner bekannten Weise für einen deutschen Kaiser aus, ohne sich gerade für oder gegen Preußen zu erklären.

Die weitere Verhandlung wird auf die morgende Sitzung vertagt.

Offene Erklärung.

Die deutsche Geschichte bietet in den letzten Jahrhunderten das traurige Bild der Schwäche und Dummheit unseres großen Vaterlandes. Ganze Provinzen wurden von Deutschland losgerissen, Kriege für fremde Interessen auf deutschem Boden ausgekämpft, nicht selten fanden sogar Deutsche zu den Fremden im Kampfe gegen Deutschland. Der deutsche Handel fand keinen Schutz, der deutsche Kunstfleiß keine Unterstützung, der deutsche Name war mißachtet, ja zum Gespött des Auslandes geworden.

Als nach langer und schmählicher Unterdrückung das deutsche Volk sich gegen die Herrschaft Napoleons erhob, und nach blutigem Kampfe seine Selbständigkeit wieder errang, wurde es sogar um die Früchte seiner Siege betrogen; die Verheißungen von Kaiserthum gingen nicht in Erfüllung. Fragen wir nach der Ursache unserer Erniedrigung, unserer Schwäche, unserer Hilflosigkeit, so kann Niemand, der unsere Geschichte mit Aufmerksamkeit liest, darüber im Zweifel seyn. So lange das deutsche Reich von kräftiger Hand zusammengehalten wurde, unter den Ottonen, den fränkischen Kaisern, den Hohenstaufen, war unser Vaterland mächtig und hoch angesehen; aber sobald es den Dynastien gelungen war, die kaiserliche Macht zu beschränken und sich mehr und mehr unabhängig von Kaiser und Reich zu machen, verfielen wir in Schwäche und Dummheit.

Einen großen Fehler hatte die deutsche Reichsverfassung und dieses war die Grundursache alles Uebels: Deutschland war ein Wahlreich. Nach dem Tod eines jeden

Kaisers suchten die mächtigen Vasallen, in deren Hand die Wahl lag, neue Beschränkungen der kaiserlichen Macht einzuführen, neue Gewalten für sich zu erwerben. Die kaiserlichen Wahlkapitulationen geben davon Zeugniß. Wollen wir jetzt, da wir die Verfassung Deutschlands festzustellen im Begriffe sind, Nutzen aus den Lehren der Vergangenheit ziehen, so müssen wir die oberste Gewalt fest, dauernd, und kräftig gründen. Ein Oberhaupt, ein erbliches Oberhaupt ist daher die Ansicht Derer, welche sich den Lehren der Geschichte nicht verschließen. So haben sich die Vereine der beiden Hessen, von Nassau, Baden, Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Hamburg, Leipzig, Jena, Stuttgart &c. ausgesprochen; so auch die Stände von Braunschweig, Kurhessen, Baden &c.

Ob aber auch die deutschen Fürsten das Opfer ihrer Souveränität bringen, ob sie sich freiwillig dem künftigen Oberhaupt unterordnen werden, davon hängt die friedliche Entwicklung unserer Zukunft ab. Wer hartete in den letzten trübten Tagen nicht mit banger Erwartung der folgenschweren Entscheidung, welche sie fassen würden? Welchem aufrichtigen Freunde des Vaterlandes bangte nicht vor den umlaufenden Gerüchten über das Widerstreben Hannovers und Bayerns? Freilich, ein großes Opfer wird von den Fürsten verlangt, aber wenn sie es nicht freiwillig bringen, welches können die Folgen seyn? Entweder zerschellen die großen Hoffnungen des deutschen Volkes, oder es muß Gewalt angewendet werden, und dann ist Bürgerkrieg die traurige Lösung.

In dieser peinlichen Ungewißheit hat ein deutscher Fürst, wir sagen mit gerechtem Stolz und unverhohlener Freude: unser Fürst, zuerst den hochherzigen Entschluß gefaßt, offen und unumwunden zu erklären, er werde sich dem künftigen Oberhaupt unterordnen. Das ist ein Wort, gesprochen zur rechten Zeit; das Wort ist eine That, eine deutsche That. Andere Fürsten werden diesem edlen Beispiele folgen, sind ihm zum Theil schon gefolgt, und dem deutschen Volk eröffnet sich dadurch die Aussicht zur friedlichen Erreichung des großen Ziels seiner heißesten Wünsche. Darum haben wir beschlossen, unsere volle Anerkennung hiefür öffentlich auszusprechen, und thun Dieses mit dem Wunsche, es möchte dieses erste Opfer eines deutschen Fürsten, dargebracht auf dem Altar des Vaterlandes, den Anfang einer neuen, schöneren Zeit bezeichnen.

Mannheim, den 12. Januar 1849.
Der neue vaterländische Verein.

Deutschland.

— Vom Neckar, 8. Jan. Die neueren Bestimmungen in Bezug auf die allgemeine Kriegsschule als Bildungsanstalt für Offiziere des badiſchen Armeekorps sind nicht ohne Wirkung geblieben. War auch schon früher, namentlich seit dem Jahr 1832, jedem jungen Manne mit der erforderlichen Vorbildung die Gelegenheit gegeben, sich zum Offizier heranzubilden und darnach keiner der bürgerlichen Stände ausgeschlossen, wie so vielfach irrtümlich behauptet worden, so ist doch jetzt die wesentliche Erleichterung geboten, daß auch Unteroffiziere und Soldaten ohne andere Forderung, als die der vorbereitenden Kenntnisse, in die allgemeine Kriegsschule eintreten können. Schon bei der vor wenigen Tagen stattgefundenen Aufnahmepfung waren darum nicht nur überhaupt sehr viele Aspiranten anwesend (dem Bernehmen nach gegen 90), sondern namentlich auch manche Konstruktoren.

Soll indeß der allgem. Eintritt in die Kriegsschule wirklich eine Bedeutung haben, so wird es nöthig werden, daß man, wie bei allen andern Schulanstalten des Landes, so auch bei der Kriegsschule sogenannten Hospitanten den Besuch des Unterrichts gestattet. Es ist dies eine Forderung der höchsten Billigkeit, zumal für die Konstruktoren. Manche Söhne von Bürgern in Städten und auf dem Lande haben keinen andern Unterricht genossen, als wie ihn die Volksschule des Orts bietet, und dann eine Berufsrückkehr in Gewerbe oder Landwirtschaft eingeschlagen. Mit dem 20. Jahre muß der junge Mann unter die Waffen treten; er findet Freude am Militärdienst, zeichnet sich bald durch praktische Befähigung aus, und möchte nun in die Kriegsschule eintreten, um sich zum Offizier zu bilden. Allein nun fehlt es an den nöthigen Vorkenntnissen. In seiner Garnison findet er nicht hinlängliche Gelegenheit, sich dieselben zu erwerben; denn einmal nimmt ihn der Dienst in Anspruch, besonders wenn er vielleicht schon Unteroffizier geworden; sodann gibt es nicht aller Orten die hiefür geeigneten Lehrer. Allein angenommen, er finde Beides (Zeit und Lehrer), so ist der Unterricht sehr kostspielig; denn er muß sich in deutscher und französischer Sprache, in Geographie und Geschichte, in Mathematik, Naturgeschichte, und Naturlehre unterrichten lassen. Hat er Mittel, diese Ausgaben ein bis zwei Jahre lang zu bestreiten, so wird er sie seinem Zwecke opfern, entzieht sich aber dadurch häufig die Unterstützung, die er in der Kriegsschule und bei seiner ersten Ausrüstung gar sehr brauchen kann; hat er aber vollends kein oder nur geringes Vermögen, so muß er ohnehin auf Erreichung seines Zieles, in dem er nun sein Glück zu finden hofft, verzichten, und es geht vielleicht dem Heere für die Zukunft ein tüchtiger Offizier verloren.

Gestattet man aber, daß solche junge Männer, welche noch nicht hinlänglich vorbereitet sind, um die Aufnahmepfung zu bestehen, als Gäste wenigstens die Unterrichtsstunden in der Kriegsschule besuchen, so ersparen sie Zeit und Geld, und die Kriegsschule gewinnt weit besser vorbereitete Schüler, als dies sonst der Fall ist.

○ Sinsheim, 15. Jan. In Folge des plötzlichen Schmelzens des Schnees auf gefrorener Erde trat gestern die Elsenz mit ihren Nebenbächen über die Ufer und das ganze Elsenzthal war nur ein reißender Strom. Ein bedeutender Theil der hiesigen Stadt wurde zugleich unter Wasser gesetzt, was vermuthlich viele Erkrankungen nach sich

ziehen wird. Hier ist keine Verunglückung vorgekommen *) dagegen soll auf der Straße von Heidelberg hieher der Eiswagen verunglückt seyn, wobei der Postillon ertrank und die Reisenden, bis zur Ankunft weiterer Hilfe, sich auf Bäume retteten.

Bei einer Temperatur von 8° im Schatten hatten wir heute Frühlingssluft, doch wird wohl wieder Kälte eintreten. Das Einbringen des Wassers in die Stadt wird größtentheils der Straße von Langenbrücken hieher zu Schulden gelegt, da sie sich als ein hoher Damm quer durch das ganze Thal zieht, und außer der Eisenbrücke nur noch eine Brücke hat, die aber nicht da angelegt ist, wo der Hauptzug des übergetretenen Wassers geht. Eine muldenförmige Vertiefung dieser Straße an der rechten Stelle würde dem Uebel abhelfen und die Stadt nicht der Gefahr einer Ueberschwemmung preisgeben, da die Dämme der Elsenz gegen die Stadt hin ziemlich hoch sind.

Stuttgart, 15. Jan., Mittags. (Schwäb. M.) Nach längerer Kälte und zweimaligem Schneefall ist seit vorgestern Abend vollständiges Thauwetter mit Regen eingetreten. Die Folge war ein starkes Ausreten der Gewässer. Der Eisenbahnzug von Heilbronn ist heute früh noch nicht eingetroffen, der von Sießen, welcher bei Göppingen und Plochingen durch Wasser fahren mußte, erst verspätet. Die Posten fehlen heute fast ganz; so die Frankfurter, die französische, die badiſche, die Ulmer; nur die Rärnberger Post, welche in Waiblingen mit vieler Mühe über die stark ausgetretene Rems gebracht wurde, ist kurz vor Mittag angekommen; eben so die Tübinger Post.

Auch auf die Beratungen unserer Kammer der Abgeordneten hat die Ueberschwemmung Einfluß geäußert. Es erschienen nämlich nur etwa 40 Abgeordnete; viele, welche über den Sonntag nach Hause gegangen, und insbesondere eine größere Anzahl, welche gestern einen Ausflug nach Marbach gemacht hatte, waren durch das Wasser an der Heimkunft gehindert. Die Kammer, dadurch nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt, hielt deshalb keine Sitzung.

Gestern rückte eine Abtheilung (etwa 300 Mann) der bis jetzt im Badiſchen gestandenen Soldaten, welche ihren Rückmarsch über den Schwarzwald angetreten haben, hier ein, und der eben daselbst befindlich gewesene Theil der Pionnierabtheilung nebst Wagen &c. kam auf dem Marsch nach seiner Garnison Ludwigsburg gestern früh hier durch.

Ulm, 11. Jan. (Schwäb. M.) Von unserer Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft verlautet seit längerer Zeit Nichts mehr; man weiß selbst im größern Publikum nicht, wo das für die obere Donau offenbar viel zu lange Dampfboot, „Stadt Ulm“ überwintert. Wenngleich das Fahrwasser von hier bis Donaunöthlich mannigfache Schwierigkeiten darbietet, insofern der beinahe noch antediluvianische Zustand der Donau innerhalb der Gränzmarken Bayerns bedeutende Korrekturen erfordern wird, um den Fluß auf sichere Weise für die Dampf-Schiffahrt tauglich zu machen, so glauben wir doch, daß die Befahrung der Donau mit Dampfbooten von hier aus so gut als auf dem Neckar hätte geschehen können, vorausgesetzt, daß die letztern dieselbe Bauart gehabt hätten, wie dies bei den Heilbronner Dampfbooten der Fall ist.

Wenn nun auch durch die ziemlich sichere Aussicht einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Ulm und Augsburg die Donau-Dampfschiffahrt vorerst wieder in den Hintergrund treten wird, so dürfte solche doch nicht ganz der Vergessenheit anheimfallen, wenn man Ulms Expeditionshandel und den bedeutenden Güterverkehr auf der Donau im Auge behält, der im Hinblick auf den hoffentlich noch zur Ausführung kommenden Anschluß der württembergischen Eisenbahn an die badiſche und das mit der Zeit zweifelsohne eintretende Vertrocknen des Donau-Main-Kanals sich in der Zukunft gewiß noch mehr heben wird, zumal wenn Oesterreich, sey es in innigem oder bloß völkerrechtlichem Verbande mit dem übrigen Deutschland, seine Zollschranken fallen läßt.

Wie allerwärts, so sind auch hier die Meinungen über das Reichsoberhaupt sehr getheilt. Eine pessimistische gibt es natürlich auch, und diese hofft in einem allgemeinen Wirwar mit dem Frühjahr ihre Pläne zur Ausführung zu bringen; bei den Fortschritten der Oesterreicher in Ungarn scheint jedoch wenig Aussicht hiezu vorhanden zu seyn, da auch hier sich wieder bewährte, wie wenig mit Freischaren und nicht gehörig geübter Landwehr gegen disziplinierte, ihrer Kraft bewußte, und tüchtig geführte Truppen auszurichten ist.

Koburg, 13. Jan. (Nürn. K.) Die deutschen Grundrechte sind als Nr. 68 der Gesessammlung für das Herzogthum Koburg mit dem heutigen Regierungsblatte publizirt worden.

Auch die hiesigen Landstände haben eine Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossen, in welcher sie im Namen des Landes den Wunsch aussprechen, es möge als Oberhaupt des deutschen Reichs nur Einer, ein erblicher Regent, und zwar der König von Preußen, eingesetzt werden.

Frankfurt, 15. Jan. (Fr. D. P. A. Z.) Der großh. mecklenburgische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt hat dem Reichsministerium folgende Erklärung übergeben:

Am 6. d. M. wurde in der 36. Sitzung der hiesigen Abgeordnetenversammlung der nachstehende motivirte Antrag eingebracht:

- In Erwägung
- 1) daß das deutsche Volk schon seit einer Reihe von Jahren die Nothwendigkeit der innern Einheit Deutschlands, nicht bloß einer allgemeinen geistigen, sondern auch einer besondern politischen erkannt hat;
 - 2) daß das deutsche Volk in der großen Bewegung des verfloffenen Jahres sowohl den Willen, als auch die Befähigung und die Macht gezeigt hat, die politische Einheit unter Vernichtung aller sich absondernden Bestrebungen in geschlossener Gliederung zu gestalten;
 - 3) daß diese gegliederte Einheit für die Sicherung ihrer innern Leben-

*) Doch höre ich von einem Vermissten.

bigkeit durch eine einfache, dauernde, und kräftige Zentralgewalt be- dingt ist;

4) daß eine solche Zentralgewalt nur in dem Oberhaupt eines nicht bloß intelligenten, sondern auch mächtigen, aus überwiegend deutschen Bekehrtheiten zusammengesetzten, und die Interessen von Nord- und Süddeutschland in sich vereinigenen Staats gefunden werden kann;

5) daß daher jetzt die Krone Preußen allein geeignet erscheint, Trägerin der deutschen Zentralgewalt zu seyn, — beschließt die Versammlung, der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt eine Erklärung dahin zugehen zu lassen: die Versammlung der Abgeordneten beider Mecklenburg hieselbst anerkenne die politische Nothwendigkeit, daß die neu zu begründende deutsche Zentralgewalt an die Krone Preußen erblich übertragen werde.

Durch Beschlußnahme der Versammlung ward dieser Antrag angenommen. Das Ministerium erlaubt sich, Ihnen diesen Beschluß mit dem Hinzufügen mitzutheilen, daß Se. k. Hoh. der Großherzog mit dem materiellen Inhalte desselben vollkommen einverstanden sind, und fordert Sie auf, Dies an geeigneterm Orte sowohl auszusprechen, als auch mit allen Kräften im Bereich Ihrer Stellung dahin zu wirken, daß der hier dargelegte Wunsch über die zukünftige Gestaltung Deutschlands eine Wahrheit werde.

Schwernin, am 9. Jan. 1849.
Großherzoglich mecklenburgisches geheimes Staatsministerium.
Lübow.

Kassel, 13. Jan. (K. allg. Z.) Ueber die schmähligen Vorfälle bei der ersten öffentlichen Gerichtsverhandlung am 11. werden noch mehrere leidige Umstände bezeichnet. Die Gerichtsverhandlungen wurden durch das Gedränge gebrochen; die Stimme des Vorsitzenden vermochte das Getöse nicht zu beschwichtigen. Die Angeklagten wurden nachher von einem großen Volkshaufen zu einem nahen Kesselofen geführt, von wo Dr. Kellner eine Ansprache hielt; man hörte vielfach die radikalsten Ausdrücke; der Staatsanwalt wurde von andern Häufen um Freilassung der Angeklagten angerufen und mit Schneebällen begrüßt. Kurz, die Unordnung war vollkommen.

Es scheint Niemanden gegenwärtig gewesen zu seyn, daß bei der Deffentlichkeit der Gerichtsverhandlung es in die Hand des Gerichts gelegt ist, der störenden Unruhe oder störendem Zudrang jeden Augenblick durch Räumung des Auditoriums ein Ende zu machen, und daß eintretenden Falls der Zuhörer dem Gerichte, nicht das Gericht den Zuhörern weichen muß.

Aus Holstein, 12. Jan. Auch hier, an den äußersten Grenzmarken Deutschlands, gewinnt die Ansicht, welche wenigstens im Norden wohl die allgemeine ist, daß ein erbliches Kaiserthum des Hauses Hohenzollern geschaffen werden müsse, mehr und mehr an Boden. Das seit langer Zeit einflussreichste Organ des Landes, das Kieler Korrespondenzblatt, tritt entschieden für diese Ansicht in die Schranken, und schon haben die Bürgervereine zweier der bedeutendsten Städte, von Rendsburg und Kiel, sich in gleichem Sinne ausgesprochen.

Es herrscht hier im Ganzen keine besondere Sympathie für Preußen: — sollte man nicht anderswo ein Beispiel nehmen an dieser Gesinnung, die, wo das Heil des Ganzen auf dem Spiele steht, alle Nebenrückichten fallen zu lassen weiß?

Berlin, 13. Jan. Wie wir vernehmen, sind bei der hiesigen Anwesenheit des Fürsten Hohenzollern-Sigmaringen die Bestimmungen in Betreff des Anschlusses des Fürstenthums Sigmaringen an Preußen eingeleitet worden.

Die von der „Deutschen Reform“ gebrachte Nachricht, daß die Arbeiten in der Vorzüglichsten Maschinenbau-Anstalt wegen mangelnder Aufträge gänzlich eingestellt werden seyen, erweist sich als irrig.

Aus dem Bergischen, im Jan. (Frankf. Z.) Da die Jagd nun ganz frei ist und Jedem das Jagdrecht auf seinem Eigenthum zufließt, tritt jetzt häufig der abenteuerliche Fall ein, daß der ehemalige Jagdberechtigte von dem ehemaligen Wildfreveler als unberufener Jäger und Wilddieb aufgebrach und angezeigt wird, weil er sich nicht in seiner Jagd lust beschränken wollte. Das neue Jagdgesetz hat den früher unberücksichtigten Klagen über Wildschaden ein rasches Ende gemacht, besonders da nicht bloß die Grundeigentümer, sondern auch Unbegüterte sich vielfach für Besitzer ansahen und drauf los jagten. So irren Viele sich jüngst, indem sie den wildreichen Königswald für ihr Grundeigenthum ansahen, bis sich förmliche Scharmügel zwischen den Wilderern und den k. Förstern entspannen, bei denen nicht unbedeutende Verwundungen vorgekommen sind.

Allenthalben wird das Pulver in Masse verknallt; dennoch sind die Ausichten für die Pulverfabrikanten trübe, ohne daß die in England sehr vervollkommnete Schießwaffenfabrikation hier Wurzel zu schlagen braucht. Binnen wenigen Monaten dürfte sich nämlich der Wildstand in der Weise mindern, daß an ordentliche Jagden nicht mehr zu denken ist, so daß also auch das Püschpulver kein Artikel von Werth bleibt.

Von der Mosel, im Januar. (Köln. Z.) Die Aufnahme, welche die preussischen Truppen in Baden fanden, hat ein schönes Band zwischen ihnen und den biedern Pfälzern geknüpft und einen lebhaften Briefwechsel seit der Trennung hervorgerufen. Namentlich gilt Dies von Weinheim an der Bergstraße, wo früher Heder und Genossen ihr Wesen getrieben und vielen Bewohnern des Städtchens eine traurige Zukunft bereitet haben. Der Umschlag der öffentlichen Meinung trat aber auch hier schlagend hervor, und spricht sich namentlich in einer Adresse aus, welche, mit etwa 300 Unterschriften von Einwohnern aller Stände bedeckt, der Nationalversammlung zu Frankfurt übergeben ist. Sie lautet:

Hoch Nationalversammlung! Als der Sturm der Revolution über Deutschland hereinbrach und die alten Staatsformen zertrümmerte, lebten wir der frohen Hoffnung, daß Neues und Schönes sich auf dem alten Fundament erheben und der Dom der wahren Freiheit sich über ihm wölben werde. Unsere Hoffnungen, wie die von Millionen deutscher Brüder, sind indessen eine bittere Täuschung geworden. Die alte deutsche

Treue und Nothwendigkeit, der erhabende, kräftige Gottesglaube, jene Grundzüge des Charakters unseres Volkes, sollen der Vernichtung preisgegeben werden; dies ist der klar zu Tage liegende Plan sogenannter Volksbeglücke, die bei uns ihre giftiggeschwollene Saat zuerst ausgekreut haben, welche jetzt in unserm unglücklichen Vaterlande überall einen empfänglichen, tief aufgewühlten Boden findet. Soll nicht Alles verloren gehen, sollen die nichtswürdigen Thoren, welche das Kalnzeichen an der Stirn tragen, uns nicht ihre blutigen Gesetze vorschreiben, so ist es hohe Zeit, daß sich die Nothwendigen ermannen und dem wüsten Treiben endlich ihr dommerdes: Halt! bis hierher und nicht weiter, zurufen, damit das Unglückswort: es ist zu spät! sie nicht aus ihrem indolenten Schlafe, aus ihrer sanftmüthigen Ruhe entschuldig erwecke. Wir unterzeichneten Bewohner Weinheims thun hierzu einen ersten Schritt, indem wir uns an eine hohe Nationalversammlung wenden und unsere Wünsche und Ansichten über das Wahlsystem bei unserer zukünftigen Vertretung aussprechen. Der entsetzliche Zustand der niederen Volksmassen, namentlich in den großen Städten Deutschlands, so wie die niedrige Stufe geistiger Bildung derselben in weiten Landstrichen, hat diese gesinnungslosen Schaaren den schmutzigen Händen sich Demokraten nennender Anarchisten und Wähler überliefert. Ihren schändlichen Lügen, schmeicheleichen Reden, und losenden Aufmunterungen wider den Besitz schenken Jene ein nur zu offenes Ohr: die Frakturchrift ist ihnen sehr wohl lesbar. Auf den Schultern dieser Forderer getragen, welche vorzugsweise, ja allein, das Volk genannt werden — das arme, geknechtete Volk — suchen jene undeutschen Männer die Herrschaft an sich zu reißen, welches ihnen nur zu gut gelingen könnte, wenn es bei dem jetzt eingeführten Wahlmodus bliebe und die Entfaltung weiter vorschritte. Unsere alten freien Vorfahren führten den Spruch im Munde: „Wenn wir mit thaten, wollten wir auch mit raten.“ Anders jetzt, wo mit roher Gewalt und nicht mit Rath Jeder aus dem souveränen Volke den Staat regieren helfen will, zu dessen Unterhaltung er Nichts beiträgt, und dessen Erhaltung ihm höchst gleichgültig, ja verwerflich ist. Die Bitte der Unterzeichneten richtet sich demnach dahin: daß eine hohe Nationalversammlung in Erwägung nehmen, respektive zur Ausführung bringen möge, daß die künftigen Wahlen, sowohl für das deutsche Parlament, wie auch für die einzelnen Staaten, direkt erfolgen, jedoch ein möglichst geringer Zensus dabei eingeführt werde; damit die Nation die Uebersetzung gewinne, daß ihre Vertreter von Männern erwählt seyen, welche der Bestechung nicht zugänglich sind, und daß so die Versammlungen der Repräsentanten des Volkes sich jenes festen Vertrauens zu erfreuen haben, ohne welches sie nicht segensbringend wirken können. Vertreter der deutschen Nation! Hören Sie auf unsere Stimme; sie erschallt aus einer Gegend, deren Bewohner stets der Freiheit huldig, aus einer Gegend, von der die große Bewegung mit ausging. Unsere Gesinnung ist die alte geblieben: wir wollen aber auch der Bücherei und Anarchie, wie früher dem Absolutismus, entschieden gegenüber treten; wir wollen nicht, daß der Boden, auf welchem unsere Wiege stand, und welcher unsern Sarg einst bergen wird, freventlich unterwühlt werde. Entwideln Sie den Anarchisten die Waffen, indem Sie ihnen durch einen andern Wahlmodus für unsere Verfassung die zahlreichen Stimmen der gesinnungslosen Massen entziehen, während im entgegengesetzten Falle die Revolution in Deutschland permanent, das theure Vaterland aber so geschwächt und zerrissen dem sichern Untergang entgegengeführt werden würde.

Kremier, 10. Jan. (West. Bl.) In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde über §. 1 der Grundrechte zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Abg. Ullepietsch: „den §. 1 des Entwurfes der Grundrechte als nicht hieher gehörig wegzulassen, und mit der Textirung der Bestimmung und Uebertragung der Staatsgewalt den mit dem Entwurfe des andern Theiles der Konstitution beschäftigten Ausschuss zu beauftragen“, angenommen.

Wien, 9. Jan. (Münch. Kor.) Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß das Ministerium beschloffen hat, auf allen Akademien, Universitäten, und Lyzeen die akademischen Legionen aufzuheben. (Ist in Prag bereits geschehen.)

Eine merkwürdige Sensation erregte der 12. Heeresbericht, welcher die Einnahme von Pesth und Ofen meldete. Das Volk jubelte laut auf in allen Straßen; betrunkene Fiaker fuhren wie toll durch die Straßen, peitschten auf ihre Pferde los, und schrien wie besessen: „Vivat Windisch-Gräß!“ Und das ist dasselbe Volk, welches die Oloberstage gemacht hat!

Wien, 11. Jan. (Bierzehter Armeebereich.) Das in Oberungarn unter dem Feldmarschall-Leutnant Grafen Schlik operirende galizische Armeekorps hat am 14. das unter Kommando des General Meszaros zum Ueberfall gegen Kaschau anrückende Infanterienkorps in der Stärke von 16 Honved- und Nationalgardien-Bataillonen mit 33 Kanonen und 800 Husaren siegreich in die Flucht geschlagen.

Dieses höchst wichtige Gefecht fand zwischen Kaschau und den Höhen von Parca statt. Die Insurgenten verloren 10 Kanonen, 6 Munitionskarren, 1 Fahne, über 200 Gewehre, und 40 Pferde, so wie 2 Offiziere und 500 Mann gefangen wurden. Die Chevaliers verfolgten den fliehenden Feind und überfielen dessen Nachtrab, wobei noch 6 Mörser, 1000 Gewehre, viele Pferde erbeutet, und mehrere Gefangene gemacht wurden. Das Regiment Parma zeichnete sich rühmlichst aus; es schlug die polnische Legion, brachte ihr einen bedeutenden Verlust bei, nahm ihr eine Kasse mit 10,000 Stück Dukaten in Gold ab, und außerdem eine Schriftentiste Meszaros', die polnischen Angelegenheiten betreffend.

Ungeachtet des heftigen Kampfes hatten wir nur sehr wenige Tode und Verwundete. Meszaros entging dem Tode nur dadurch, daß die Pistole, welche ein k. f. Offizier auf ihn abdrückte, versagte.

Am 4. marschirten 4 Kompagnien des 1. Bataillons Zanini von Neusatz, wo sie in Garnison lagen, ab, und trafen 2 Stunden später bei den k. f. Vorposten auf der Römerschanze von Karas ein, mit denen sie sich vereinigten.

Schweiz.
Bern. (Basl. Z.) Berner Blätter berichten wiederholt, in Savoyen denke man lebhaft an Trennung von Sardinien und Anschluß an Frankreich. Sie machen dabei aufmerksam auf die Bedeutung einer solchen Gebietsänderung in Bezug auf Genf und die Schweiz überhaupt. Die Frage würde wohl auch Europa beschäftigen.

Zessin. (Eidg. Z.) Der Staatsrath hat nunmehr, da er den Ernst der eidgenössischen Behörden sieht, die lombardischen Flüchtlinge, immer noch 317 an der Zahl, in drei Klassen getheilt. Der ersten Klasse, 85, haben die eidgenössischen Kommissäre den Aufenthalt im Kanton gestattet; die zweite Klasse, 210, muß innert 8, die dritte, aus 17 Personen bestehend, in 3 Tagen den Kanton verlassen.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Göttingen schreibt man: Die großen Erwartungen, welche man Anfangs dieses Semesters über die vermehrte Frequenz unserer Universität hegte, haben sich freilich nicht ganz verwirklicht, obgleich es doch schon ein erfreuliches Zeichen ist, daß gegen das vorige Semester ein Zuwachs von 56 Studenten vorhanden ist. Es studiren nämlich jetzt hier 668 (gerade 100 mehr, als vor einem Jahre), von denen 232 Jurisprudenz, 182 Medizin, 138 Theologie, und 116 Philosophie studiren. Darunter sind 261 nicht aus dem Hannoverischen; von außerdeutschen Staaten hat die Schweiz 2, England, Holland, Italien, und Griechenland je 1 Studenten gestellt. Außerdem sind noch 4 Amerikaner hier.

— Der Kampf, der aus Anlaß des jüngsten Posener Aufstandes zwischen Frn. v. Koscielski und dem Major v. Voigts-Rech lange Zeit in Zeitungen und Broschüren geführt wurde, soll nun auf einem andern Felde zum Austrag gebracht werden. Da Fr. v. Koscielski an der Revolution von 1831, während er noch der preussischen Armee als Offizier angehörte, Theil genommen hat, so wurde seine Satisfaktionsfähigkeit von dem Gegner in Frage gestellt. Der militärische Ehrenrath, welcher die Sache zu entscheiden hatte, erklärte sich jedoch für Frn. v. Koscielski, und man sieht nun einem Duell entgegen.

— Die Ulmer Chronik erzählt: Auf der Brücke in Lindau erörterten einige Bauern ihre politischen Wünsche und Forderungen. Einer derselben, den der Wein grundbedrückt machte, erklärte naïv: „Jetzt das ist halt die Freiheit, wenn Alles nach meinem Kopf geht.“

— In den Pariser Bildergalerien ist jetzt eine Karrikatur ausgehängt, auf der Ludwig Philipp, hinter ihm Lamartine, hinter diesem Cavaignac, und endlich Ludwig Napoleon abgebildet stehen, von denen Jeder dem betreffenden Vordermann einen Fußtritt auf den Sitztheil des Röders versetzt, mit der Unterschrift: „Fortsetzung folgt.“

— Nach dem amtlichen Verzeichniß des Personals der Studierenden an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität waren im laufenden Winterhalbjahr bei derselben 1182 Studierende immatrikulirt. Von den im vergangenen Sommer Immatrikulirten, deren Zahl 1373 betrug, waren 505 ab- und neuerdings nur 313 zugegangen, so daß sich jetzt die Gesamtzahl von 1182 ergibt. Davon zählte die theologische Fakultät 190 (36 „Ausländer“), die juristische 486 (67 „Ausländer“), die medizinische 192 (42 „Ausländer“), die philosophische 314 (89 „Ausländer“). Die Universität bezeichnet nämlich alle Nichtpreußen ohne Unterschied als „Ausländer“. Außer diesen Immatrikulirten besuchen die Berliner Universität folgende zum Hören der Vorlesungen Berechtigte: 3 noch nicht immatrikulirte Studierende, 26 nicht immatrikulirte Chirurgen, 109 nicht immatrikulirte Pharmazeuten, 72 Eleven des Friedrich-Wilhelms-Instituts, 24 der mediz.-chirurg. Militärakademie, 200 der allgemeinen Bauerschule, 9 des Bergamts, 6 der Akademie der Künste, 6 der Gärtner-Lehranstalt. Die Zahl der Nichtimmatrikulirten beträgt somit 455. Es haben folglich an den Vorlesungen im Ganzen 1637 Theil genommen. Die Zahl der Lehrer beträgt 176.

Frankfurter Kurszettel. Wechsel in fl. süddeutscher Währung.

Den 15. Januar.		Brick.	Geld.
Amsterdam fl. 100 C.	1. S.	—	100 ¹ / ₂
ditto	2 M.	—	99 ¹ / ₂
Augsburg fl. 100 C.	1. S.	119 ¹ / ₂	119 ¹ / ₂
Berlin Thlr. 60 C.	1. S.	105 ¹ / ₂	—
Bremen Thlr. 50 in Ed.	1. S.	98 ¹ / ₂	—
Hamburg 100 M. B.	1. S.	—	87 ¹ / ₂
ditto	2 M.	—	87 ¹ / ₂
Leipzig Thlr. 60 C.	1. S.	—	105 ¹ / ₂
ditto in der Messe	—	—	—
London 10 Livr. St.	1. S.	—	120 ¹ / ₂
ditto	2 M.	—	120 ¹ / ₂
Lyon Fr. 200	1. S.	—	94 ¹ / ₂
Paris Fr. 200	1. S.	95 ¹ / ₂	94 ¹ / ₂
ditto	3 M.	—	—
Mailand 250 Lire	1. S.	—	99 ¹ / ₂
Wien in 20er fl. 100	1. S.	—	106 ¹ / ₂
ditto	3 M.	—	—
Triest	1. S.	—	—

Disconto — 1¹/₂
Frankfurt, 15. Jan. Der Umsatz in mehreren Fonds war heute von einigem Belang. 5 und 2¹/₂ Metalliques waren auf den bessern Stand derselben von Amsterdam gekauft, und gingen im Kurs höher. Auch blieben die 3¹/₂ Spanier, belgische Obligationen und mehrere Gattungen der Partialloose angenehmer. F. B. Nordbahn mehr offerirt. Alle übrigen Fonds und Eisenbahn-Aktien ohne Veränderung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 1., 2. Januar.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10 ^o R.	28 ^o 1.5	28 ^o 1.7	28 ^o 1.3
Temperatur nach Reaumur	-6.5	-10.3	-5.0
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.73	0.71	0.58
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND ²	ND ²	ND ²
Bewölkung nach Zehnteln	0.0	0.0	0.0
Niederschlag Par. Kub. Zoll	—	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	0.8	0.6	0.7
1. Januar.	heiter.	heiter.	heiter.
Therm. min. -7.3	—	—	—
„ max. -2.3	—	—	—
„ med. -5.4	—	—	—
Am 2., 3. Januar.	—	—	—
Luftdruck red. auf 10 ^o R.	28 ^o 0.5	27 ^o 10.4	27 ^o 9.4
Temperatur nach Reaumur	-6.8	-8.5	-4.0
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.63	0.65	0.61
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND ²	ND ²	ND ²
Bewölkung nach Zehnteln	0.0	0.1	0.4
Niederschlag Par. Kub. Zoll	—	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	0.7	0.6	0.9
2. Januar.	heiter.	heiter.	unterbrochen heiter.
Therm. min. -10.3	—	—	—
„ max. -4.7	—	—	—
„ med. -7.3	—	—	—

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giese.

Großherzogliches Hoftheater.
Mittwoch, den 17. Januar, 10. Abonnementsvorstellung, zweite Abtheilung: Das Urbild des Tartüffe, Lustspiel in 5 Akten, von Gogolow.

318. Freiburg, 14. Jan. Unser Artikel vom 5. Januar hat eine Erwiderung in der heutigen Nummer der Neuen Freiburger Zeitung hervorgerufen, aus der wir, da sie durch Zeichen und Schreibart sich von jenem Aufsatz unterscheidet, den wir angegriffen hatten, mit einiger Bewunderung schließen müssen, daß sich auch Andere, und zwar dem gerechten Tone nach, tief getroffen fühlen, als die wir eigentlich im Auge hatten. Um daher allen weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, beehren wir uns, dem Verfasser seiner Entgegnung nachstehende Erläuterungen zu geben. Was zunächst die Beziehungen der Freiburger Zeitung betrifft, so betrachtet man allgemein dieses Blatt als Organ des hiesigen Gemeinderaths und weiß, daß es unter einem Redaktionsauschuß steht, welchem mehrere Professoren der hiesigen Hochschule angehören. Wenn nun unsere Voraussetzung richtig ist, daß Einer dieser Herren, ehemaliger Mitredakteur des Freinügnen, die beiden fraglichen Artikel der Neuen Freiburger Zeitung geschrieben hat, so wohl demjenigen, in welchem der Antrag des Gemeinderaths veröffentlicht wird, als dem zweiten, der dieser Behörde ein solches Uebermaß von Betrachts spendet, so wird man begreifen, in wie fern wir die Publikation von Geschäftsakten, die gegen einen Kollegen gerichtet sind, doppelt und dreifach taf.los nennen müssen. Daß der Antrag des Gemeinderaths mit dem Prinzip der Lehrschrift sich nicht verträgt, auf welches in der Schriftlichen Angelegenheit in jenen Kreisen vorzugsweise geachtet wurde, liegt auf der flachen Hand, so daß uns Niemand die Behauptung vorzulegen wird, der Adoptant seines Verfahrens (wir haben mit keiner Sylbe gesagt: der Urheber desselben) spreche jenem Prinzip die Ehre und wieder die Ehre. Täuschen wir uns aber in obiger Voraussetzung, dann sollte es uns freuen, den Männern der Freiburger Zeitung Gelegenheit zu einer Berichtigung zu geben, welche den Vorwurf eines unverständigen und unverständigen Spiels von ihnen hinwegzunehmen geeignet wäre.

323. Offene Anfrage an Herrn Hofrath Kapp.
Nach dieser Zeitung vom 14. ist Hr. Hofrath Kapp durch den Beschluß der Peeres-Verdoppelung an ein altes Kirchenlied erinnert worden, worin es heißen soll: „Hör' uns wieder in die alten Gleiße, wo der Mann sechs Kreuzer galt.“ In Voraussetzung der richtigen Auffassung dieser sinnreichen Aeußerung durch die K. Z. ersucht ein Verehrer des alten Kirchenlieds Hr. Hofrath Kapp um gefällige Auskunft, wo denn dieses merkwürdige Kirchenlied zu finden, oder wo es in Gebrauch gewesen sey, zu welchem Ende dem Hr. Hofrath dieses Blatt auf Einfinders Kosten offen stehen soll. Einfinders verspricht als Gegenleistung, so fern nachgewiesen wird, daß ein solches Lied in einer der drei christlichen Hauptkirchen Deutschlands im Ernst gangbar gewesen, er verspricht: entweder dasselbe bei einem förmlichen Gottesdienst einer dieser Kirchen in vierstimmiger Harmonie zu reproduzieren, und dazu den Hr. Hofrath Kapp speziell einzuladen, oder aber, falls er dies nicht binnen vier Wochen, von Empfang der Nachweisung an gerechnet, zu Stande brächte, die bare Summe von Einhundert Gulden zum Besten zu geben für die Religion, deren Hohenpriester gewisse Mitarbeiter der Neuen Rheinischen Zeitung sind, für die tiefgeheiligte und hochwürdige Konfession, welche den persönlichen Gott zu Gunsten der Göttin Natur vom Throne stoßen will, und — statt der Venus Urania und dem Apoll — der Venus Vulgivaaga und dem Gott Priap Tempel erbaut.
Auf der Grünhof-Terrasse, den 16. Januar 1849.
G. H. E.

314. Nr. 440. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Das groß. bad. Lotterielehen von fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend.
Die erste Serienziehung zur XIII. Gewinnziehung des Lotterielehens vom Jahr 1840 gegen 50-f. Loose, wird planmäßig
Donnerstag, den 1. Februar 1849,
Nachmittags 3 Uhr,
im landständischen Gebäude dahier öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 15. Januar 1849.
Groß. bad. Amortisationskassa.
325. [21]. Offenb. b. g.

Einladung.
Zur Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung ist auf Samstag den 27. d. M., Nachmittags, und Sonntag den 28., Vormittags, Termin bestimmt im Saale des Gasthauses zum Salmen dahier. Hierzu sind nicht nur sämtliche Vereinsmitglieder, sondern auch alle übrigen Fachgenossen auch auf diesem Wege eingeladen.
Die zur Beratung und Schlußfassung in der Generalversammlung vorfindenden äußerst wichtigen Gegenstände sind im Zirkulare an die Bezirkskorrespondenten sowohl als in der Einladung im Notariatsblatt genau bezeichnet, worauf sich hiemit bezogen wird.
Offenb. b. g., den 15. Januar 1849.

Vereinsdirektion.
309. [22]. Karlsruhe. (Anzeige.)
Schellfische, Cabeljan, Bücklinge sind frisch angekommen bei
G. F. Bierordt.
252. [33]. Petersthal.
Vakante Chirurgenstelle.
Die hiesige Chirurgenstelle ist erledigt, und soll durch einen mit guten Zeugnissen versehenen tüchtigen Mann wieder besetzt werden. Derselbe erhält ein Honorar aus der Gemeindefasse. Lusttragende zu dieser Stelle wollen sich baldigst franco unter Beilegung ihrer Zeugnisse an das Bürgermeistramt wenden.
Petersthal, den 11. Januar 1849.
Das Bürgermeistramt.
Diether.

G. 450. [4]. Karlsruhe.
Janus
Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.
Die Gesellschaft versichert sowohl gesunde als nicht gesunde Leben unter den liberalsten Bedingungen.
Sie gestattet vierteljährliche und monatliche Zahlung der Beiträge.
Um ein Kapital von **Tausend Gulden** zu versichern, sind monatlich zu entrichten, wenn der Versicherte beim Eintritt alt ist:
25 Jahre, 1 fl. 55 fr. 30 Jahre, 2 fl. 12 fr. 35 Jahre, 2 fl. 33 fr. 40 Jahre, 3 fl. 25 fr. 50 Jahre, 4 fl. 41 fr.
Je früher Jemand eine Versicherung abschließt, desto billiger ist sie, da die Prämie des ersten Jahres für die ganze Dauer der Versicherung gleich bleibt.
Nachzahlungen werden demnach keine geleistet. Bei Leibrenten und Pensionsversicherungen gewährt die Gesellschaft ausgedehnte Vortheile, als sonst üblich.
Prospecte und Antragsformulare sind unentgeltlich sowohl bei Unterzeichnetem als bei den Herren Agenten **Friedrich Renner in Mannheim**, **Hauptlehrer A. Keiß in Emsheim bei Heidelberg**, **Bürgermeister Walter in Gondelsheim**, **Aug. Angerer & Komp. in Pforzheim**, **Louis Berolla in Offenb. b. g.**, **A. S. Thoma in Freiburg i. B.**, **J. J. Umenhofer in Wilingen**, **Körner & Fink in Kandern**, und **Hauptlehrer Fricker in Möstlich** zu erhalten.
Karlsruhe, im Dezember 1848.
Aug. Soyer,
Hauptagent des Janus für das Großherzogthum Baden, Langestraße Nr. 152.

322. [61].
Regelmäßige Paketschiffahrt
zwischen
Antwerpen und New-York.
Sobald die Schifffahrt eröffnet ist, expediren wir am 1. und 15. jeden Monats regelmäßig ein schönes, gefepertes, schnellsegelndes Dreimaster-Post-Schiff von Antwerpen nach New-York. Bei möglicher Sperre der Elbe und Weser im Frühjahr können wir den sichern Weg über Antwerpen allen Reisenden bestens empfehlen.
Näheres über die billigsten Preise der Plätze für Kajüten- und Zwischendeckpassagiere, so wie über den Preis der Frachten für Waarentransport bei uns und unseren Herren Agenten.
Dr. G. Strecker in Mainz. **Ant. Jos. Klein** in Bingen. **Joseph Stöck** in Kreuznach.
In Karlsruhe bei **Ernst Glock** vor dem Ruppurrer Thor, in Dinglingen bei **Gustav Fischer**, in Pforzheim bei **Karl Venz**.

326. Karlsruhe.
Verein für erste Chormusik.
Donnerstag, den 18. d. M., Abends 6 Uhr, ist Chorphorprobe und Generalversammlung zur Wahl des Vorstandes, wozu die ausübenden Mitglieder einladet.
Der provisorische Vorstand.
324. [31]. Nr. 400. Karlsruhe.
Häuser-Versteigerung.
Nachgeschriebene, zur Verlassenschaft des verstorbenen Messgermeisters **Jacob Widmann** von hier gehörige zwei Häuser werden am **Mittwoch, den 31. Januar d. J.,** Vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Notars **Kas. Amalienstraße Nr. 1** einer nochmaligen Versteigerung zu Eigentum ausgesetzt, nämlich:
1) Ein zweistöckiges Wohnhaus mit einstöckigem Hintergebäude, Seitengebäude, Hof und Garten (Waldstraße Nr. 6), einerseits Hofgärtler Kaupp, andererseits Frau Käthlin Ziegler; — Schätzungspreis 14,000 fl.
2) Ein zweistöckiges Haus mit einstöckigem Seitenbau und Duerbau, nebst dreistöckigem Seitenflügel und Brauereigebäude (Langestraße Nr. 16), einerseits Sonnenwirth Seggus, andererseits die polytechnische Schule; — Schätzungspreis 26,000 fl.
Friedel wird bemerkt, daß, wenn bezüglich des Hauses Langestraße Nr. 16 kein annehmbares Gebot geschehen sollte, an der gedachten Tagesfahrt zugleich ein Pachtoverbot damit gemacht werden wird.
Karlsruhe, den 16. Januar 1849.
Groß. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerh. v. D. Langer.

316. [21].
Stammholz-Versteigerung.
Donnerstag, den 25. d. M., läßt die Gemeinde Stafforth in ihrem Gemeindefeld, Distrikt Saumwaldschlag, 8 Stämme Holländereichen und 2 schwere Stämme Eschen versteigern; die Zusammenkunft ist an besagtem Tage Morgens 9 Uhr in dem diesjährigen Holzschlag, auf dem Bijnalwege von Stafforth nach Weingarten.
Stafforth, den 15. Januar 1849.
Bürgermeistramt.
Payer.
322. [21]. Nr. 405. Meersburg. (Aufforderung.) Bei der am 29. v. M. stattgehabten Aushebung der Pflichten zur ordentlichen und außerordentlichen Kontribution der Altersklassen 1824 bis mit 1828 sind Nachbenannte nicht erschienen. Dieselben werden daher aufgefordert, sich binnen 3 Monaten von heute an um so gewisser bei diesseitiger Behörde zu stellen, als sie sonst als Refraktäre behandelt und in die gesetzliche Strafe verurtheilt werden würden.
Altersklasse 1824.
E.-Nr. 4. Ludwig Schebler von Markdorf.
" 29. Mathias Schneckenbühl von da.
" 31. Karl Rudolph Steffelin v. Markdorf.
" 45. Anton Mattes von Meersburg.
" 60. Michael Julius Waltherr von da.
Altersklasse 1825.
" 16. Sebastian Zimmermann von Pagnau.
" 32. Gabriel König von Niedheim.
Altersklasse 1827.
" 25. Binzen Müller von Niedheim.
" 26. Theodor Strobel von da.
" 46. Karl Knoblauch von Daisendorf.
" 56. Karl Rudolph Kösch von Sietten.
Altersklasse 1828.
" 12. Joseph Anton Langenhein, von Immenstaad.
Meersburg, den 9. Januar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
D o s c h.
vdt. Gayer, Aktuar.
285. [31]. Emmendingen. (Aufforderung.) Bei der am 8., 9. und 10. d. M. dahier stattgehabten Aushebung der zur außerordentlichen und ordentlichen Kontribution gehörigen Mannschaft sind die nachbenannten Pflichten ausgeblieben, und ihr Aufsehaltsort ist unbekannt.
Dieselben werden daher aufgefordert,

Von Munningen:
Altersklasse 1824.
Loos-Nr. 182. Christian Kahl.
" 205. Tobias Rutsch.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 69. Friedrich Mathias Maurer.
" 90. Christian Eyer.
" 140. Johann Michael Stöhr.
Von Bödingen:
Altersklasse 1824.
Loos-Nr. 108. Johann Georg Böhrer.
" 135. Jakob Grün.
Altersklasse 1825.
Loos-Nr. 78. Johann Georg Kraus.
" 137. Georg Friedrich Bogtsberger.
" 206. Jakob Friedrich Schöffel.
" 228. Andreas Venz.
" 235. Lorenz Baumeier.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 164. Georg Jakob Kuchlin.
" 268. Benedikt Siegfstein.
Altersklasse 1827.
Loos-Nr. 53. Franz Faver Ambß.
" 141. Josef Vogt.
" 150. Christian Höfflin.
Altersklasse 1828.
Loos-Nr. 25. Karl Johann Gerh. v. D. Langer.
" 48. Ernst Duser.
" 106. Josef Schulz.
" 131. Andreas Serauer.
Von Windenreuth:
Altersklasse 1825.
Loos-Nr. 157. Christian Rehm.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 221. Johann Georg Patt.
Altersklasse 1827.
Loos-Nr. 202. Johann Georg Schmalz.
Von Köndringen:
Altersklasse 1824.
Loos-Nr. 183. Johann Michael Metzger.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 20. Johann Michael Valentin.
" 194. Johann Michael Horn.
" 220. Georg Karl Engler.
Von Malterdingen:
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 34. Georg Jakob Dages.
" 154. Georg Michael Schillinger.
Von Bablingen:
Altersklasse 1824.
Loos-Nr. 158. Karl Ludwig Dreisacher.
Altersklasse 1825.
Loos-Nr. 15. Johann Jakob Koblter.
" 171. Georg Friedrich Kreutner.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 2. Leonhard Adler.
" 5. Hieronymus Dreisacher.
" 72. Georg Martin Adler.
" 74. Josef Diehr.
" 180. Georg Jakob Würstlin.
Von Freiamt:
Altersklasse 1824.
Loos-Nr. 139. Johann Georg Herr.
Altersklasse 1825.
Loos-Nr. 2. Andreas Paas.
Altersklasse 1826.
Loos-Nr. 110. Andreas Bührer.
" 236. August Wilola.
" 240. Johann Georg Huberer.
Emmendingen, den 11. Januar 1849.
Groß. bad. Oberamt.
Fränzingen.
vdt. Gerh. v. D. Langer.
A. J.
294. [31]. Nr. 547. Ettneheim. (Schuldenliquidation.) Gegen Löwenwirth Johann Schraner von Altorf ist Gant erkannt, und Tagesfahrt zum Nichtigstellung- und Vorzugsverfahren auf Montag, den 29. Januar 1849, Vormittags 9 Uhr, auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Interpandrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Ansetzung des Beweises mit andern Beweismitteln.
Zugleich werden in der Tagesfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerauswählter ernannt, Borg- und Nachlassvergleichs verfahren, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauswähltes die Nichterfahrenen als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.
Ettneheim, den 6. Januar 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Montfort.
vdt. Hug.
310. [31]. Nr. 1219. Pforzheim. (Schuldenliquidation.) Der Bürger Jakob Ruf von Wöllingen will mit seiner Familie nach Amerika auswandern.
Es wird daher zur Schuldenliquidation Termin auf Samstag, den 27. d. M., Vormittags 8 Uhr, bestimmt, und dazu die Gläubiger mit dem Anfügen geladen, daß man ihnen zu ihrer Befriedigung nicht zu verpfehlen vermöchte, wenn sie die Anmeldung ihrer Forderungen in dieser Tagesfahrt unterlassen sollten.
Pforzheim, den 12. Januar 1849.
Groß. bad. Oberamt.
St a d.
vdt. Mathis.
271. [32]. Nr. 33.031. Mosbach. (Straf-erkenntniß.) Soldat Peter Wisnüller von Zwingenberg, welcher sich der ergangenen öffentlichen Aufforderungen ungeachtet bis jetzt nicht stellt, hat, um sich über seine Entweichung zu verantworten, wird der Desertion für schuldig, seines Bürgerrechts für verlustig erklärt, und vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle in die gesetzliche Strafe von 800 fl., nach den Bestimmungen des §. 4 des Gesetzes vom 5. Oktober 1820, sowie in die Kosten verurtheilt.
Mosbach, den 29. Dezember 1848.
Groß. bad. Bezirksamt Neudenau.
Lichtenauer.
vdt. Eisenhut.